

### Reformoptionen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs

#### Begrüßung und Eröffnung

*Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn*  
ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München

#### 20 Jahre ifo Dresden

*Prof. Dr. Marcel Thum*  
ifo Dresden und Technische Universität Dresden

#### Nachhaltig und solidarisch? Rahmenbedingungen der kommenden Verhandlungen

*Dr. René Geißler*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

#### Zur Klage Bayerns und Hessens gegen den Finanzausgleich

*Prof. Dr. Thomas Lenk*, Universität Leipzig

#### Finanzströme im deutschen Föderalismus: Vertikale und horizontale Aspekte der Gewährleistung angemessener Finanzausstattungen der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden

*Prof. Dr. André Heinemann*, Universität Bremen

#### Wie funktioniert eigentlich der Finanzausgleich? Defizite und Reformoptionen

*Prof. Dr. Joachim Ragnitz*, ifo Dresden

#### Vertikaler, Transparenter, Aufgabengerechter – Elemente eines Länderfinanzausgleichs für das 21. Jahrhundert

*Dr. Michael Thöne*, Universität zu Köln

#### Ein ressourcenorientierter Finanzausgleich in Deutschland als Voraussetzung für eine Stärkung der Steuerautonomie der Bundesländer

*PD Dr. Jan Schnellenbach*, Universität Heidelberg

#### »... hierbei sind die Finanzkraft und der Finanzbedarf der Gemeinden zu berücksichtigen.« Zu einigen Problemen der Berücksichtigung der Kommunen im Länderfinanzausgleich

*Prof. Dr. Wolfgang Renzsch*, Universität Magdeburg

#### Wie stark muss der Finanzausgleich im Jahr 2020 ausgleichen, damit (fast) alle Länder die Schuldenbremse einhalten können?

*Prof. Dr. Ingolf Deubel*  
Finanzminister a.D. des Landes Rheinland-Pfalz

Der bundesstaatliche Finanzausgleich steht erneut in der Kritik. Das bestehende Regelwerk ist zwar erst seit 2005 in Kraft, war jedoch von vornherein bis zum Ablauf des Jahres 2019 befristet. In der jetzt beginnenden Legislaturperiode muss deshalb eine Nachfolgeregelung für das auslaufende Finanzausgleichsgesetz ausgehandelt werden. Zudem haben die Bundesländer Bayern und Hessen Klage eingereicht, da sie sich als Geberländer im geltenden Finanzausgleich insbesondere durch die hohen Grenzabschöpfungsquoten benachteiligt sehen. Die Nehmerländer verweisen wiederum drauf, dass bei einer Veränderung des derzeitigen Regelwerks zu ihren Lasten die »Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse« nicht mehr gewahrt sei. Aus wissenschaftlicher Sicht werden zudem mangelnde Transparenz und unzureichende Anreizwirkungen für eine Stärkung der eigenen Wirtschafts- und Steuerkraft kritisiert.

Frühere Reformen des Finanzausgleichs wurden von Bund und Ländern vornehmlich unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten durchgeführt und haben deswegen die grundlegenden Konstruktionsmängel des Systems nicht ausräumen können. Inzwischen liegen auch aus der Wissenschaft eine ganze Reihe prominenter Vorschläge zur Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen vor. Das vorliegende Heft des ifo Schnelldienstes widmet sich daher diesem Thema und stellt eine Auswahl dieser Politikvorschläge vor.

Das Heft dokumentiert damit gleichzeitig eine Tagung der Niederlassung Dresden des ifo Instituts, die das Institut am 9. Oktober 2013 unter dem Titel »Reformoptionen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs« anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Niederlassung veranstaltet hat.

Die Dresdner Außenstelle des Instituts wurde im Jahr 1993 eröffnet, um einen Beitrag zur wissenschaftlichen Begleitung des Transformationsprozesses in den ostdeutschen Ländern zu leisten. Heute arbeitet die Niederlassung Dresden mit regionalem Schwerpunkt Ostdeutschland und Sachsen vor allem auf den Forschungsgebieten:

- Konjunktur und Wachstum,
- Humankapital, Strukturwandel und die Position im Standortwettbewerb,
- Arbeitsmarkt und Sozialpolitik,
- Einbettung in die internationale Arbeitsteilung,
- Öffentliche Finanzen und Wirtschaftsförderung

und widmet sich darüber hinaus dem Querschnittsthema »Implikationen des demographischen Wandels für die wirtschaftliche Entwicklung«. Die Dresdner Wissenschaftler des ifo Instituts haben sich damit erfolgreich in einem schwierigen Umfeld etablieren können und werden insbesondere von ostdeutschen Landesregierungen als wichtiger Ideengeber in der politischen Beratung geschätzt.